

**Der Grosse Rat      Le Grand Conseil  
des Kantons Bern    du canton de Berne**

Dienstag (Abend), 9. Juni 2015

---

**Gesundheits- und Fürsorgedirektion****65      2014.RRGR.1201      Postulat 262-2014 Vanoni (Zollikofen, Grüne)  
Zeitvorsorge, ein innovatives Modell zur Förderung von unentgeltlichem Engagement in der  
Betagtenbetreuung – auch im Kanton Bern?**

Vorstoss-Nr.:            262-2014  
Vorstossart:            Postulat  
Eingereicht am:        24.11.2014

Eingereicht von:        Vanoni (Zollikofen, Grüne) (Sprecher/in)  
                                 Kipfer-Guggisberg (Stettlen, BDP)  
                                 Schnegg-Affolter (Lyss, EVP)

Weitere Unterschriften: 14

RRB-Nr.:                441/2015      vom 22. April 2015  
Direktion:                Gesundheits- und Fürsorgedirektion

**Zeitvorsorge, ein innovatives Modell zur Förderung von unentgeltlichem Engagement in der  
Betagtenbetreuung – auch im Kanton Bern?**

Der Regierungsrat wird beauftragt, abzuklären und Bericht zu erstatten, ob und wie das in einem St. Galler Pilotprojekt erprobte Zeitvorsorge-Modell auch im Kanton Bern gefördert werden sollte, um rüstige Seniorinnen und Senioren für die unentgeltliche Begleitung und Unterstützung älterer Menschen zu motivieren – dies im Sinne einer Ergänzung der bereits heute geleisteten Freiwilligenarbeit und der professionellen Alterspflege.

**Begründung:**

Die Betreuung und Pflege von betagten und hochbetagten Menschen wird für das Gemeinwesen in Anbetracht der demografischen Entwicklung zu einer grossen Herausforderung. Die älter werdende Bevölkerung, die Auflösung traditioneller sozialer Netze, die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen und die drohende Personalknappheit in der Alterspflege legen es nahe, nach neuen Lösungen zu suchen.

Ein innovativer Ansatz ist unter dem Namen «Zeitvorsorge» unter anderem in einer Studie im Auftrag des Bundesamts für Sozialversicherungen entwickelt worden: Rüstige Seniorinnen und Senioren setzen einen Teil ihrer Zeit im Ruhestand für die Begleitung und Unterstützung älterer Menschen ein. An Stelle eines Entgelts erhalten sie Zeitgutschriften, die sie später einlösen können, wenn sie selber auf ähnliche Hilfe angewiesen sind. Als Hilfeleistungen kommen Fahrdienste, Begleiten zu Arztterminen, gemeinsames Einkaufen oder Kochen, Hilfe in administrativen Angelegenheiten, im Haushalt oder bei Freizeitaktivitäten in Frage.

In St. Gallen wird ein Zeitvorsorge-Modell zurzeit in einem Pilotprojekt mit einer Stiftung als Trägerschaft erprobt: Die Teilnehmenden setzen sich pro Woche durchschnittlich zwei Stunden im Rahmen des Projekts ein. Sie können so maximal 750 Stunden Zeit ansparen (überschüssige Zeitgutschriften fallen einem Sozialkonto zu). Damit sichergestellt ist, dass das Einlösen der angesparten Zeitgutschriften in einigen Jahren noch möglich ist, tritt die Stadt St. Gallen als Garantin auf: Sollten zum Einlösungszeitpunkt die benötigten einsatzwilligen Freiwilligen fehlen, wird die Stadt die geforderte Leistung beispielsweise bei der Spitex einkaufen.

Die Idee der Zeitvorsorge wird in der Innerschweiz auch im Rahmen einer privaten Genossenschaft mit Unterstützung durch eine Gemeinde getestet und im Kanton Aargau aufgrund eines Postulats aus dem Kantonsparlament vertieft geprüft. Die Idee ist auch im Kanton Luzern und in der Stadt Bern in Vorstössen aufgegriffen worden.

Es ist sinnvoll und lohnenswert, das Modell auch im Kanton Bern in Betracht zu ziehen. Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob und wie der Kanton interessierte Gemeinden zur Einführung von Zeitvorsorge-Systemen motivieren und unterstützen oder ob ein Zeitvorsorge-System auf kantonaler Ebene eingerichtet werden könnte. So oder so sollen weder professionelle Angebote in der Alterspflege und Altersbetreuung noch die erfreulicherweise grosszügig geleistete Freiwilligenarbeit konkurrenziert werden.

Sollte eine kantonale Förderung der Zeitvorsorge-Idee auf absehbare Zeit nicht möglich sein oder nicht als sinnvoll erachtet werden, sind andere Möglichkeiten zur Stärkung von Freiwilligenarbeit und von unentgeltlichem Engagement in der Begleitung und Unterstützung älterer Menschen zu suchen und darzulegen.

### **Antwort des Regierungsrats**

Der Postulant fordert vom Regierungsrat Abklärung und Berichterstattung darüber, ob und wie Zeitvorsorge-Modelle, wie sie bspw. in der Stadt St. Gallen in einem Pilotprojekt umgesetzt werden, auch im Kanton Bern gefördert werden sollten. Ziel dabei ist, rüstige und mobile Seniorinnen und Senioren für unentgeltliches Engagement anderen älteren Menschen gegenüber, die Unterstützung oder Begleitung benötigen, zu motivieren. Es geht hierbei explizit nicht um Pflegeleistungen, sondern um Leistungen im sozialen Bereich.

Der Regierungsrat erachtet das freiwillige soziale Engagement älterer Menschen anderen älteren Menschen gegenüber, die Unterstützung und Begleitung benötigen, als gesellschaftlich wichtig und sinnvoll. Er ist der Meinung, dass die Herausforderungen, die sich durch die Alterung der Gesellschaft ergeben, nicht allein durch professionelle Dienste und Angebote bewältigt werden können, sondern dass die Gesellschaft dazu auch und zunehmend auf das freiwillige Engagement jeder und jedes Einzelnen angewiesen ist. Entsprechend ist es alterspolitisch sinnvoll, bereits bestehende Modelle zu studieren und gegebenenfalls im Kanton Bern als Pilotprojekte zu unterstützen respektive einzuführen. Dazu sind jedoch vertiefte Abklärungen hinsichtlich der Funktionsweise solcher Angebote sowie der Rolle des Kantons und der sich daraus ergebenden finanziellen Konsequenzen notwendig.

Insbesondere gilt es zu klären, welche Menschen in welchen Altersgruppen ihre Leistungen gegenüber einem Zeitvorsorge-Modell geltend machen dürfen und ob nicht auch familiäre Leistungen als zeitvorsorgeberechtigt anerkannt werden sollten. Sodann bedarf es Abklärungen, wer sinnvollerweise Träger eines Zeitvorsorge-Modells ist und welche Minimalgrösse des Einzugsgebiets zur erfolgreichen Umsetzung eines solchen Modells erforderlich ist. Zu klären ist auch, wie der spätere Leistungsbezug sichergestellt werden kann. Weiter stellt sich die Frage, mit welchem Aufwand ein solches Modell im Kanton Bern aufgebaut werden kann und welche Rollen dem Kanton sowie weiteren Beteiligten zukommen.

Die Stadt St. Gallen finanziert das Zeitvorsorge-Modell auf verschiedenen Ebenen mit, indem sie einen einmaligen Beitrag an den Systemaufbau leistete, die Trägerschaft mit jährlichen Subventionen zur Finanzierung der Geschäftsstelle unterstützt und die Einlösung der Zeitgutschriften für den Fall, dass das Modell der Zeitvorsorge scheitern oder keine Angebote vorhanden sein sollten, garantiert. Die Garantieleistung der Stadt St. Gallen wird als zentrale Voraussetzung für eine gelingende Umsetzung des Zeitvorsorge-Modells erachtet und trägt dazu bei, dass das Projekt eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung erfährt. Es ist deshalb erforderlich, die Frage der Garantieleistung zu klären und die sich daraus ergebenden finanziellen Belastungen des Kantons zu berechnen. Unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen des Kantons gilt es sodann zu prüfen, welche Möglichkeiten zur Umsetzung eines Zeitvorsorge-Modells bestehen.

Die dargestellten Abklärungen sind umfangreich. Die Ergebnisse sind sinnvollerweise in einem Bericht festzuhalten, der als Basis für den Entscheid über das weitere Vorgehen dienen kann. Diese recht aufwändigen Vorarbeiten sind von der GEF im Rahmen der vorhandenen personellen Ressourcen gegenwärtig nicht leistbar. Im Falle einer Annahme des Postulats könnten die erforderlichen Anschlussarbeiten nicht prioritär vorangetrieben werden und eine Verlängerung der ordentlichen zweijährigen Bearbeitungsfrist muss bereits jetzt als nicht unrealistische Option bezeichnet werden. Mit dieser Einschränkung beantragt der Regierungsrat Annahme des Postulats.

Der Regierungsrat beantragt:

Annahme

**Präsident.** Wird die Annahme dieses Postulats aus dem Rat bestritten? – Das ist der Fall. Somit

gebe ich dem Postulanten, Grossrat Vanoni, das Wort.

**Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne).** Ich hatte mich schon gefreut, dass nun ein Thema kommt, das parteipolitisch noch nicht besetzt ist, wenn man sich in der Schweiz umsieht. Es ist ein neues Thema, das auf die Idee eines freisinnigen Bundesrats zurückgeht und im Stadtparlament in Bern von CVP, BDP und EVP eingereicht wurde. Und nun vertrete ich es zusammen mit zwei Urheberinnen aus BDP und EVP im Grossen Rat. Es handelt sich also um ein überparteiliches Postulat. Und deshalb bitte ich Sie, Ihre parteipolitischen Scheuklappen abzulegen. Auch im Namen der Miturheberinnen und Mitunterzeichnenden danke ich dem Regierungsrat bestens für die Offenheit bezüglich der neuen Idee. Die Antwort hat mich deshalb gefreut, weil der Regierungsrat auch die Gelegenheit genutzt hat, den Wert und die Bedeutung von freiwilligem sozialem Engagement zu würdigen. Bei der neuen Idee, nämlich der Zeitvorsorge, geht es darum, dass Seniorinnen und Senioren, die noch bei guter Gesundheit und mobil sind, älteren Menschen helfen, die Unterstützung und Begleitung benötigen. Die rüstigen Seniorinnen und Senioren werden dafür nicht finanziell entschädigt, sondern können sich die eingesetzte Zeit für spätere Jahre gutschreiben lassen, wenn sie selbst auch auf solche guten Dienste angewiesen sind. Es ist uns wichtig, dass mit dem Zeitvorsorgemodell nicht die professionelle Pflege- und Betreuungsarbeit durch bezahlte Berufsleute konkurrenziert werden soll. Es geht auch nicht darum, die bisherige Freiwilligenarbeit, die ohne jede Gegenleistung erfolgt, zu verdrängen oder zu schwächen. Im Gegenteil: Es geht um eine Ergänzung der klassischen Freiwilligenarbeit, dies nicht zuletzt, weil die Bereitschaft zur klassischen Freiwilligenarbeit am Schwinden ist. Auf der anderen Seite wächst jedoch der Bedarf nach solchem Engagement, weil es immer mehr hochbetagte Menschen gibt, die auf persönliche Betreuung und Hilfestellungen angewiesen sind. Angesichts der demografischen Entwicklung müssen wir aus meiner Sicht wirklich alle Möglichkeiten und eben auch alle neuen Ideen prüfen, die etwas zur Bewältigung dieser Entwicklung beitragen können und zudem finanzierbar sind.

Sicher gibt es noch viele offene Fragen und Unsicherheiten bei dieser Idee. Es geht aber genau darum, diese offenen Fragen zu klären. Deshalb haben wir von Anfang an ein Postulat deponiert. In St. Gallen läuft ein Pilotprojekt; an verschiedenen anderen Orten in der Schweiz wurde die Idee aufgegriffen. So auch in der Stadt Bern: Dort ist die Stadtregierung bereit, diese Idee prüfen zu lassen. Vermutlich wird nun der Aufwand, der erforderlich ist, um diesen Bericht zu verfassen, als Argument gegen das Postulat angeführt werden. Wenn man jedoch alle Abklärungen, Vorarbeiten und Studien, die bereits gemacht wurden, sowie die laufenden Versuche mit einbezieht, sollte sich der Aufwand für den Bericht, der mit dem Postulat gefordert wird, einigermaßen in Grenzen halten. Vermutlich werden auch offene Fragen verwendet, um das Postulat zu bekämpfen. Ich weise jedoch darauf hin, dass es nur um eine Prüfung geht. Das Postulat ist völlig offen. Es ist sogar so weit offen, dass es verlangt, andere Möglichkeiten zur Förderung der Freiwilligenarbeit zugunsten älterer Menschen zu suchen und zu prüfen, falls man bei der Prüfung zum Schluss kommt, dies sei keine gute Idee.

**Mathias Müller, Orvin (SVP).** Die Idee der Zeitvorsorge ist durchaus sympathisch. Sie ist auch nachvollziehbar und könnte meines Erachtens sogar funktionieren. Wenn wir aber wollen, dass sie funktioniert, müssen wir darauf achten, dass sicher nicht der Staat die Finger drin hat. Die Postulanten haben Beispiele genannt: den Kanton Aargau, die Stadt St. Gallen und die Innerschweiz. In der Innerschweiz, wo das System funktioniert, wird es durch einen privaten Verein getragen. Das System ist einfach, und dieser Verein heisst denn auch «Kiss – Keep it small and simple». Kiss ist derart erfolgreich, dass der Verein bereits auch in den Kantonen Zürich, Glarus und Luzern tätig ist, aber, wie gesagt, ohne dass sich der Kanton einmischen würde. In der Stadt St. Gallen ist in der Tat ein Pilotprojekt am Laufen. Die Pilotphase wurde überstanden, aber allzu erfolgreich ist das Projekt nicht: Bis heute nehmen 53 Personen an diesem Zeitvorsorgemodell teil. Der Kanton Aargau hat es ebenfalls versucht, hat im Februar das ganze Projekt jedoch abgeblasen, weil es viel zu teuer geworden wäre. Im Kanton Aargau ist dieses System also gescheitert, weil es zu teuer ist. Ich halte es keinesfalls für ein schlechtes System, aber lassen wir es doch Private umsetzen. Der Kanton Bern hat weder die personellen noch die finanziellen Ressourcen, um irgendwelche Berichte und Studien zu erarbeiten. Zudem sagt der Regierungsrat selbst, dass er die ordentliche Bearbeitungsfrist von zwei Jahren nicht einhalten können. Da die Erarbeitung eines solchen Berichts demnach ausser Aufwand nichts bringt, lehnen wir das Postulat grossmehrheitlich ab. Wir sind überzeugt, dass dieses System auch funktionieren kann, ohne dass sich der Kanton einmisch.

**Bettina Keller, Hinterkappelen (Grüne).** Das Postulat von Bruno Vanoni wird von einer grossen Mehrheit der grünen Fraktion unterstützt. Auch uns bereitet die demografische Entwicklung in der Schweiz Sorge und dass in Zukunft immer weniger jüngere Leute die immer grössere Gruppe der alten bis sehr alten oder eben hochbetagten Menschen pflegen, ernähren und versichern sollen und ihre psychische und medizinische Versorgung gewährleisten sollen. Das Modell Zeitvorsorge ist eine spannende, kreative Idee, die derzeit ganz konkret in St. Gallen, mit rund 80 000 Einwohnern die achtgrösste Stadt der Schweiz, getestet wird. Multipliziert man diese Zahl mit 12, ist man etwa bei der Grösse des Kantons Bern. Wir machen uns jedoch zusätzlich Gedanken darüber, ob ein solches Projekt Zeitvorsorge die Solidarität zwischen den Generationen eher vergrössern würde oder eher vermindern. Würde es die Bereitschaft zur Freiwilligenarbeit eher steigern oder eher reduzieren? Wie steht es beispielsweise mit der ganzen familiären Kinderbetreuung? Damit komme ich noch einmal auf das Thema zurück, das vor der Abendpause behandelt wurde: In einem Bereich der Kinderbetreuung ist die Schweiz Europameister, nämlich in der innerfamiliären Kinderbetreuung. Rund 50 Prozent der Kinder werden von Verwandten betreut. Meistens sind es die Grosseltern. Man könnte nun denken, dass innerhalb der Familie das Modell der Zeitvorsorge unbürokratisch und ohne Staatsgarantie funktionieren würde: Die Grosseltern hüten die Enkel, und die erwachsenen Kinder kümmern sich später um ihre Eltern. Schwieriger wird es jedoch, wenn alles gleichzeitig stattfindet, wenn also die mittlere Generation gleichzeitig für Kinder und Eltern sorgen und daneben noch berufstätig sein sollte. Ich bin nun bewusst etwas abgeschweift, denn die Gedankenschleife, die ich soeben gemacht habe, soll ein Stück weit illustrieren, wie komplex dieses Thema eigentlich ist. Die grüne Fraktion findet es gut, dass die Idee geprüft wird, und hat auch Verständnis dafür, dass die GEF jetzt schon mitteilt, sie brauche für die Prüfung mehr als zwei Jahre Zeit.

**Anita Herren-Brauen, Rosshäusern (BDP).** Dieses Thema, liebe Kolleginnen und Kollegen, wartet früher oder später auf uns alle. Wir alle werden in naher oder ferner Zukunft älter und werden mehr oder weniger auf Betreuung angewiesen sein. Wir handeln heute mit fast allem. Was spricht also gegen ein Sparkonto mit Zeit? Die BDP unterstützt das Postulat mit Überzeugung. Die Betreuung von Betagten wird zunehmend zu einer Herausforderung. Ich spreche von Betreuung, nicht von Pflege. Pflege wird gewährleistet werden müssen. Der Betreuungsbedarf ist heute schon gross, und er wird noch steigen: Putzen, Einkaufen, Besuchen, verlängertes Verbleiben in den eigenen vier Wänden. Die Demografie wird uns jeden Tag aufgezeigt. Es macht Sinn, im so genannten Unruhestand sparen zu dürfen, andern zu helfen, solange man selbst rüstig ist und die Zeit später, wenn man es nötig hat, wieder einfordern zu dürfen. Diese Form der Unterstützung kostet die Betagten und die Anbieter nichts. Sie müssen einfach in guten Zeiten auch etwas geben: eben sparen. Die Antwort der Regierung zeigt auf, dass noch viele Abklärungen und ebenfalls Personalressourcen erforderlich sind. Zudem braucht die Umsetzung des Postulats mehr Zeit als üblich. Geben wir uns doch diese Zeit. Das Projekt kann eine Entlastung für die nahe und ferne Zukunft sein. Die Rolle des Kantons muss in diesem Prozess gefunden werden, auch finanziell: «step by step». Die BDP ist auch mit der späteren Umsetzung einverstanden. In diesem Wissen unterstützen wir das Postulat und hoffen, dass die Ratsmitglieder dies in ihrem eigenen Interesse ebenfalls machen.

**Margrit Junker Burkhard, Lyss (SP).** Meine beiden Vorrednerinnen haben die guten Gründe genannt, um das Postulat zu unterstützen. Ich will sie nicht wiederholen. Die Fraktion SP-JUSO-PSA wird es ebenfalls unterstützen, obschon auch wir uns bewusst sind, dass die Umsetzung längerfristig wahrscheinlich eine Herausforderung sein wird, vor allem bei der Sicherstellung des späteren Leistungsbezugs. Wir werden jedoch ohnehin nicht um eine Stärkung in der Begleitung und Unterstützung der älteren Menschen herumkommen. Wir bitten den Rat deshalb, das Postulat ebenfalls zu unterstützen.

**Christine Schnegg-Affolter, Lyss (EVP).** «Kommt Zeit, kommt Tat.» Oder: «Heute tun, morgen ruhn.» Oder: «Keine Sorgen, heute und morgen.» Mit diesen knackigen Sätzen wird die Homepage [www.zeitvorsorge.ch](http://www.zeitvorsorge.ch) in der Stadt St. Gallen für ihr Zeitvorsorgemodell. Allen Kritikerinnen und Kritikern dieses Zeitvorsorgemodells empfehle ich einen Besuch dieser Homepage. Persönlich bin ich nämlich begeistert von dieser alternativen Betreuungsform für betagte Menschen, und zwar als Ergänzung, und nicht etwa als Konkurrenz zu den bereits bestehenden Angeboten. Ich bin der Meinung, es brauche freiwillige Betreuende, pflegende Angehörige, Nachbarschaftshilfe sowie jede Form von professioneller Betreuung wie Spitex oder Mahlzeitendienst. Demografisch steht auch der

Kanton Bern vor grossen Herausforderungen. Um die Kosten in der Betagtenbetreuung langfristig im Griff zu haben, muss es das Ziel sein, dass die Menschen im Alter möglichst lange möglichst selbstständig und dennoch möglichst sicher in ihren eigenen vier Wänden wohnen bleiben können. Das Modell Zeitvorsorge ist aus unserer Sicht eine innovative Idee, die nur Gewinner generiert. Rüstige Rentner können sich nach ihren Möglichkeiten absolut freiwillig einsetzen und ihre neue Freizeit sinnvoll ergänzen. Im Gegenzug haben sie später das Anrecht auf die gleiche Art der Betreuung, falls sie sie irgendwann nötig haben. Wie das Modell Zeitvorsorge in der Altersbetreuung funktioniert, wird in der Begründung des Postulats gut ausgeführt. Ob ein solches Modell allenfalls auf kantonaler Ebene ausgestaltet werden könnte, wäre auch aus der Sicht der Fraktion EVP durchaus prüfenswert. Es ist zwar auch uns bewusst, dass die Erstellung eines Berichts zur Klärung der offenen Fragen etwas kostet. Wir sind jedoch der Ansicht, dass sich dieser Aufwand lohnen würde. Für den Entscheid bezüglich des weiteren Vorgehens ist ein Bericht, der alle Fragen der Organisation, der Zuständigkeit, der Trägerschaft und der Finanzierung beleuchtet, als Grundlage unabdingbar. Wir bitten den Rat deshalb, das Postulat zu überweisen und der GEF Zeit zu geben, damit sie prüfen kann, wie sich diese neue, etwas unkonventionelle Art der Betagtenbetreuung im Kanton Bern umsetzen liesse. Wir danken für die Unterstützung.

**Hans Rudolf Vogt, Oberdiessbach (FDP).** Dass die Betreuung betagter Menschen wichtig ist und dass sie – vor allem, wenn man in die Zukunft blickt – eine grosse Herausforderung ist und noch sein wird, bestreite ich ebenfalls nicht. Aus meiner Sicht ist es jedoch nicht der richtige Ansatz, wenn die Betagtenbetreuung mit Zeitvorsorge auf kantonaler Ebene gelöst werden soll. Freiwilligenarbeit wird heute in sehr vielen Bereichen geleistet: in Vereinen, in Organisationen, in Gemeinden – also in kleineren Einheiten. Der Kanton darf sich hier nicht einmischen. Überlassen wir dies doch den zuständigen Personen in den Heimen, denen, die das heute schon praktizieren. Was für einen riesigen administrativen Aufwand gäbe es für den Kanton Bern, wenn er die Zeitvorsorge erfassen müsste! Deshalb ist die Fraktion FDP. Die Liberalen gegen diesen Vorstoss und lehnt ihn klar ab.

**Präsident.** Ich gehe davon aus, dass alle Fraktionen, die sich äussern wollten, dies getan haben. Wir kommen somit zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern; zuerst hat Grossrätin Striffeler das Wort.

**Elisabeth Striffeler-Mürset, Münsingen (SP).** Christine Schnegg hat sehr viel Positives von der Homepage [www.zeitvorsorge.ch](http://www.zeitvorsorge.ch) berichtet. Ich kann sie darin unterstützen. Was mich als Gerontologin, die sich sehr viel mit dem Thema Freiwilligenarbeit beschäftigt, bei diesem Vorstoss zur Zeitgutschrift etwas irritiert, ist der Umstand, dass es seitens der Leute, die nach ihrer Pensionierung eine Zeitgutschrift machen wollen, zu einer gewisser Erwartungshaltung kommen wird: Sie sind davon überzeugt, dass auch sie in zwanzig Jahre Unterstützung erhalten werden, wenn sie sie nötig haben. Diese Erwartungshaltung macht mir Angst, denn wenn diese Menschen in zwanzig Jahren alt sind, werden viel weniger jüngere Leute nachrücken, welche diese Freiwilligenarbeit leisten werden. Mir scheint daher die Erwartung, die Zeit einfordern zu können, etwas unrealistisch. Es ist wichtig, dass wir Visionen und Vorstellungen haben, wie wir die alten Menschen betreuen können. Ich befürchte jedoch, dass dieses Modell für diejenigen, die Betreuung erwarten, ein Eigentor sein wird.

**Vreni Kipfer-Guggisberg, Stettlen (BDP).** In der Begründung dieses Postulats wird alles Wichtige eigentlich im ersten Abschnitt gesagt. Was mit der demografischen Entwicklung auf uns zukommt, fordert uns heraus, verschiedene Wege zu prüfen, damit die älteren Leute länger zu Hause bleiben können. Die Familienstrukturen sind heute anders. Töchter und Söhne, welche die Betreuung früher übernommen haben, wohnen heute weit weg oder sind berufstätig. Es ist klar, dass gut ausgebildete Leute im Arbeitsprozess bleiben müssen. Wer aber hilft bei kleinen Leistungen, damit alte Leute länger zu Hause bleiben können? Das ist nicht die Aufgabe der Spitex. Es sind Freiwillige, die das übernehmen. Und hier liegt ein innovatives Projekt vor, bei dem sich Freiwillige Stunden für später gutschreiben lassen könnten. Es handelt sich um ein Postulat, das nicht dazu auffordert, dass der Kanton ein solches Projekt selbst startet. Er soll einfach Unterlagen erarbeiten, damit Gemeinden und Städte dies anschliessend selbst aufziehen können. Weshalb jedoch der Regierungsrat im letzten Abschnitt seiner Antwort das Postulat zwar annimmt, gleichzeitig aber sagt, er könne es nicht umsetzen, ist aus meiner Sicht etwas verwirrend. Es ist bedauerlich, dass für ein solches zukunfts-

gerichtetes Projekt die Zeit- und Geldressourcen fehlen. Ich danke dem Rat, wenn er dem Postulat zustimmt.

**Christoph Grimm, Burgdorf (glp).** Ich möchte an dieser Stelle eine Interessenbindung bekannt geben: Meine Frau ist Geschäftsleiterin von BENEVOL Aargau. Im Kanton Aargau wurde das St. Galler Modell geprüft. Man stellte fest, dass es ein teures System ist und dass es kein Freiwilligenmodell ist, weil man bekanntlich für sich selbst vorsorgt. Man bietet im dritten Lebensabschnitt Leistungen an, die man im vierten Lebensabschnitt abholen kann. Der Kanton Aargau hat eingehende Berechnungen gemacht und festgestellt, dass das Registrieren einer Stunde, die jemand im dritten Lebensabschnitt leistet, rund 15 Franken kostet. Dazu kommen Garantien, die der Kanton übernehmen muss für den Fall, dass das System vielleicht nicht mehr funktioniert, wenn die betreffende Person im vierten Lebensabschnitt ist. Das kommt ebenfalls sehr teuer zu stehen. Der Kanton Aargau hat festgestellt, dass es günstigere Systeme gibt. Das Thema ist dort in der Vernehmlassung und wird demnächst im Grossen Rat behandelt werden. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass es zu einer Ablehnung kommt. Die glp möchte sich aufgrund dieser Erfahrung, die ich aus erster Hand erhalten habe, ebenfalls der Ablehnung des Postulats anschliessen.

**Philippe Perrenoud, Gesundheits- und Fürsorgedirektor.** Je ne serai pas long. Quand j'ai vu cette motion, respectivement ce postulat, cette nouvelle idée m'a réjoui. Si je regarde l'évolution démographique, si je vois les coûts qui vont peser en Suisse sur les cantons et la Confédération par rapport au troisième et au quatrième âges, je suis inquiet. Toute créativité, tout ce qu'on peut évaluer de plus est, à mon avis, souhaitable. C'est pourquoi le gouvernement a décidé d'accepter ce postulat et je vous prie de suivre le gouvernement.

**Präsident.** Wir kommen zur Abstimmung. Wer das Postulat annehmen möchte, stimmt ja, wer es ablehnt, stimmt nein.

#### Abstimmung

---

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	69
Nein	68
Enthalten	5

**Präsident.** Der Rat hat das Postulat angenommen. Damit sind wir am Ende der GEF-Geschäfte angelangt. Ich wünsche dem Gesundheits- und Fürsorgedirektor einen schönen Abend.